

KÖLNER INTERESSENGEMEINSCHAFT

MÜLLVERMEIDUNG STATT MÜLLVERBRENNUNG

- KIMM - (ÜBERPARTEILICH)



c/o Rainer Zinkel, Rambouxstr. 167, 50737 Köln, Tel: 0221/7409308, Fax: 0221/3376884,
e-mail:rainer.z@netcologne.de

02-1600-2/09

Anlage

An die
Geschäftsstelle des Beschwerdeausschusses
im Rat der Stadt Köln
Rathaus

50667 Köln

14. Januar 2008

Weiterentwicklung des Kölner Müllkonzeptes und der Kölner Müllgebührenpolitik - ökologisch nachhaltig, Klima schützend, Rohstoffe sparend, für die Gebührensahler kostengünstiger !

Beschwerde und Anregung nach § 24 Gemeindeordnung (GO) NRW

Sehr geehrte Damen und Herren,

die am 15.4.1988 gegründete KIMM hat sich in den 20 Jahren ihres Bestehens stets dafür eingesetzt, sinnvolle ökologische Müllkonzepte mit wirklicher Müllvermeidung und stofflichem Recycling in Köln durchzusetzen. Auch wenn wir den MVA-Bau nicht verhindern konnten, sind unsere Forderungen nach wie vor aktuell. Durch ökologische Müllkonzepte soll immer weniger Müll verbrannt werden, Müllverbrennung zukünftig nahezu ganz überflüssig werden. Nach einer Berechnung des Instituts für Energie- und Umweltforschung Heidelberg wirkt sich allein Recycling für den Klimaschutz mit weniger Treibhausgasen günstiger als Müllverbrennung aus. Auch wird durch Recycling bedeutend mehr Energie eingespart als durch Müllverbrennung wieder gewonnen wird. Müllvermeidung statt Recycling wäre ökologisch und auch ökonomisch gesehen noch günstiger und der bessere Weg.

Leider sind die Stadt Köln und deren politische Gremien mit dem Bau einer erheblich überdimensionierten Müllverbrennungsanlage (MVA) einen anderen Weg gegangen, zum Nachteil der Umwelt und der Kölner Gebührensahler. Dabei ist in der Öffentlichkeit der Eindruck entstanden, dass trotz des skandalösen Müllkorruptionsskandals um den Bau der MVA die im Rathaus vertretenen größeren Parteien wie CDU, SPD, FDP und mittlerweile selbst die Grünen immer noch einen unkritischen MVA-Lobbyismus betreiben.

Es scheint an den politischen Parteien vorbeigegangen zu sein, dass Müllverbrennung nichts anderes bedeutet als dass in Deutschland jährlich zig-Millionen Tonnen wertvolle Rohstoffe in zig-Millionen Tonnen unnütze und mit Schadstoffen belastete Schlacken, Aschen und hochgiftige Filterstäube sowie die Gesundheit der Bevölkerung gefährdende, giftige Gase und Wasserdampf umgewandelt werden. Die Tragik der mit teurer Rauchgasreinigungstechnik gebauten MVA's besteht – gemessen an den Alternativen Müllvermeidung und stoffliche Müllverwertung - darin, dass es sich trotz hochmoderner Filtertechnik dabei um eine Dinosauriertechnik handelt, die trotz Beteuerungen der MVA-Lobbyisten weder dem Klima noch der Energieeffizienz noch der Schonung von Rohstoffen nutzt.

Da die Entsorgung durch Müllverbrennung außerdem auch noch die teuerste Art der Müllentsorgung ist, hat dies nicht nur zu sehr hohen Müllgebühren, sondern auch zu weiteren negativen Begleiterscheinungen wie den in letzter Zeit bekannt gewordenen illegalen Müllablagerungen in ostdeutschen Kiesgruben und

anderswo geführt. Offensichtlich gibt es Unternehmen, die auf illegale Weise hohe Verbrennungskosten vermeiden wollen.

Wir sind der Auffassung, dass es an der Zeit ist, die städtische Müllpolitik neu zu überdenken, nicht zuletzt auch wegen der Folgen der derzeitigen Banken- und Finanzkrise. Als Folge der Wirtschaftsrezession und des damit einhergehenden Produktionsrückgangs ist damit zu rechnen, dass in nächster Zeit die Müllmengen erheblich sinken werden. Auf diese Entwicklung haben sich die Kommunen bisher noch nicht eingestellt.

Gehen die zu verbrennenden Müllmengen zurück, dürfte dies angesichts bisher schon bundesweit nicht ausgelasteter erheblicher MVA-Überkapazitäten drastische Müllgebührenverteuerungen zur Folge haben. Hier ist die Stadt Köln gegenüber ihren Gebührendzahlern in der Pflicht, diese vor weiteren Steigerungen der Mietnebenkosten zu schützen. Hohe Mietnebenkosten entziehen den Bürgern auch Kaufkraft, was angesichts der Wirtschaftsrezession aus aktuellem Grunde nicht erwünscht sein sollte. Bei der Vielzahl von Sozialhilfe- und Hartz IV-Empfängern wirken sich höhere Müllgebühren außerdem mit höheren Ausgaben für die defizitären öffentlichen Haushalte einschließlich des auch defizitären Kölner Haushalts aus.

Gegenstand unserer Beschwerde und Anregungen nach § 24 GO sind daher folgende Forderungen:

1. KIMM kritisiert den Stillstand städtischer Müllpolitik und fordert Weiterentwicklung von Müllvermeidungs- und Müllverwertungsmaßnahmen, die sich im Gegensatz zur Müllverbrennung weitaus wirkungsvoller an den Umwelt- und Klimaschutzziele orientieren!

Wir nehmen Bezug auf die von der Stadt Köln am 29.9.2008 vorgestellten „Überlegungen zur Abfallgebührenstruktur in Köln“ und der durchgeführten aktuellen Haus- und Geschäftsmüllanalyse von Prof. Dr. Klaus Gellenbeck (Institut für Abfall, Abwasser und Infrastruktur-Management (INFA) in Ahlen und Fachhochschule Münster). Prof. Dr. Gellenbeck war zu dem Ergebnis gekommen, dass am derzeitigen Kölner Müllgebührensysteem wenig geändert werden sollte. Zugleich war in der Untersuchung u.a. festgestellt worden, dass in den Kölner Restmülltonnen überproportional hohe Wertstoffanteile wie Papier, Pappe, Kunststoffe, Glas und Biomüll enthalten waren. Dies gilt in hohem Maße auch für Standorte, wo sich Wertstofftonnen (Gelbe und Blaue Tonnen, Biotonnen) befanden.

Der Grund für die hohen Wertstoffanteile in den Restmülltonnen liegt nach unserer Auffassung darin, dass das Holsystem erst in den letzten beiden Jahren eingeführt wurde und es daher noch viele Fehlwürfe beim getrennten Sammeln gibt. Des Weiteren gibt es aufgrund des Freiwilligkeitsprinzips noch zu viele Grundstücke, die noch keine Wertstofftonnen oder nicht alle Wertstofftonnen vorhalten.

Deswegen halten wir eine besser organisierte Abfallberatung sowie weitaus mehr Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit für erforderlich, auch in Zusammenarbeit mit Grundstückeigentümern und Wohnungsgesellschaften, um das getrennte Sammeln zu intensivieren. Wir fordern des Weiteren bürgernahe Recyclinghöfe für alle Stadtbezirke, wo die Bürger solche Wertstoffe entsorgen können, die nicht den Blauen, Gelben und Bio-Tonnen zugeordnet werden. Recyclinghöfe haben sich andernorts erfolgreich bewährt. Die Stadt München zum Beispiel hat für jeden Stadtbezirk einen Recyclinghof eingerichtet und betreibt eine Art Kaufhaus für Secondhand-Produkte.

2. KIMM hält weiterhin stärkere finanzielle Anreize zur Müllvermeidung und stofflichen Wiederverwertung bei den Müllgebühren für erforderlich! Deswegen wird an der Forderung einer verursachergerechten Müllgebühr und einer ökologisch sinnvoller Müllgebührenstruktur festgehalten !

Die KIMM ist für eine Reform der Kölner Müllgebührenstruktur, indem drastische finanzielle Anreize für Müllvermeidung durch die Einführung einer verursachergerechten Müllgebühr mittels Volumenerfassung per Ultraschall geschaffen werden. Die Stadt Köln wird aufgefordert, dies aber erst mittelfristig (in den nächsten 5 Jahren) zu realisieren und die Umstellung gut vorbereitet vorzunehmen.

Kurzfristig sollte für eine Übergangszeit bis zur Einführung der verursachergerechten Müllgebühr zur Verstärkung der Vermeidungsanreize das Mindestbehältervolumen - entgegen der Empfehlung von Prof. Dr. Gellenbeck - wenigstens auf 15 Liter reduziert werden.

Des Weiteren sollte die durch die Schüttdichte geprägte und damit praktisch degressive Gebührenstruktur für die unterschiedlichen Tonnengrößen abgeschafft werden. Der Nachteil des derzeitigen Kölner Müllgebührensystems besteht darin, dass Müll vermeidende und getrennt sammelnde Bürger trotz Mehraufwand wegen der degressiven Gebührenstruktur an großen Kostenblöcken wie Müllverbrennung, Biotonne, Papiertonne, Littering, Abfallcenter/Umladestation (76 % Anteil an Müllgebühren) bedeutend stärker zur Kasse gebeten werden als nicht Müll vermeidende Bürger. Nicht der die Müllvermehrung fördernde Schüttdichtefaktor (Gewicht pro Liter) fördert

Abfallvermeidung, wie sogar die Haus- und Geschäftsmüllanalyse von Prof. Dr. Gellenbeck mit ihrem hohen Anteil an Verpackungsmüll in den Restmülltonnen eindrucksvoll bestätigt hat, sondern ein linearer, volumenbezogener Gebührentarif, der das durch die Verpackungsabfälle bedingte höhere Müllvolumen berücksichtigt.

3. KIMM fordert wegen zu hoher Müllgebühren Offenlegung der Gewinne aus dem Verkauf der mit den Abfällen in der MVA erzeugten Energie und deren Anrechnung auf das hohe Verbrennungsentgelt!

Die Verbrennungsentgelte sind nicht nur wegen der MVA-Überkapazität überhöht (hierzu muss das OVG NRW noch eine abschließende Entscheidung treffen). Nach Recherchen des ZDF-Magazins „Frontal 21“ machen die meisten Müllöfenbetreiber aufgrund der mit den Abfällen erzeugten Energie (Strom, Dampf) Millionenprofite mit Umsatzrenditen von durchschnittlich über 20 %. Der Verwaltungsrechtler Prof. Dieter Birk ist der Rechtsauffassung, dass die Gebührenhöhe entsprechend reduziert werden müsse. Andernfalls könne der Gebührenzahler gerichtlich gegen seinen Gebührenbescheid vorgehen. Auch die AVG betreibt Werbung mit der angeblichen Energieeffizienz der Kölner MVA. In 2006 seien rd. 400.000 Megawattstunden Strom und rd. 230.000 Tonnen Dampf abgegeben worden. Die Anlage könne für rd. 250.000 Menschen Energie produzieren, so der AVG-Geschäftsführer Hoffmann (Berichte Kölner Wochenspiegel vom 25.4.07 und 23.5.07). Der Rat der Stadt Köln hat bei seiner Beschlussfassung über die Höhe der Müllgebühren für das Jahr 2009 die Gebührenzahler an der Gewinnentwicklung bei der AWB partizipieren lassen. Wenn die Gebührenzahler an der Gewinnentwicklung der AWB partizipieren, sollte dies auch für die Gewinnentwicklung der AVG gelten.

4. KIMM spricht sich vor allem aus ökologischen Gründen (Klimaschutz u.a.), aber auch aus Gründen zu hoher Müllgebühren für die Stilllegung einer Ofenlinie der Kölner Müllverbrennungsanlage (MVA) aus !

Die KIMM erwartet wegen der im Zuge der aktuellen Banken- und Finanzkrise in den nächsten Monaten eintretenden weltweiten Wirtschaftsrezession und der sich außerdem zukünftig noch verschärfenden weltweiten Rohstoffkrise einen Einbruch bei den zu verbrennenden Restmüllmengen. Der Kölner Stadtrat wird aufgefordert, sich innerhalb der nächsten Legislaturperiode mit der Frage der Stilllegung von einer der vier MVA-Ofenlinien zu befassen, auch aus Klimaschutz-, Energie-, Umwelt- und Kostengründen und um dem Mülltourismus in den Kölner Norden mit den daraus resultierenden Feinstaubbelastungen zu reduzieren.

5. KIMM fordert die Überführung der MVA in kommunale Trägerschaft (Rekommunalisierung)!

Die in den 80'er Jahren vor dem MVA-Bau getroffene Entscheidung, die Trägerschaft der MVA in die privatisierte AVG mbH mit städtischer und privater Beteiligung zu überführen, hat sich aus mehreren Gründen für die Bürger als großer Nachteil erwiesen. Der Einfluss der Stadt Köln und der Rathausparteien auf die städtische Müllpolitik ist dadurch erheblich eingeschränkt worden. Es begann damit, dass der private Betreiber AVG eine MVA bauen ließ, die von der Kapazität her entgegen dem damaligen Ratsbeschluss doppelt so groß geworden ist. Die Zeche dafür zahlen Jahr für Jahr die Gebührenzahler. In den Jahren danach bis heute stellte die AVG der Stadt Verbrennungsentgelte in Rechnung, die nach den jeweiligen Verwaltungsvorlagen (Gebührenkalkulationen für die einzelnen Jahre) selbst für Ratsmitglieder nicht nachvollziehbar waren. Die erheblichen Gewinne der AVG, die eigentlich rechtmäßig zur Senkung der Müllgebühren verwendet werden sollten, fließen zum Teil rechtswidrig über die Stadtwerke an die Stadt, um damit defizitäre Einrichtungen der Stadt zu finanzieren, und zum Teil an den privaten Mitgesellschafter. Dabei ist hinsichtlich des privaten Mitgesellschafter zu bemerken, dass dieser bei Gründung der AVG und späterem Bau der MVA kein finanzielles Risiko einzugehen brauchte. Das Risiko trägt allein die Stadt Köln, die die für den Bau der MVA erforderlichen Bürgschaften allein in voller Höhe bewilligte. Mit der Rekomunalisierung soll die Stadt Köln ihre Hoheit über die Müll- und Müllgebührenpolitik zurückerlangen.

Wir bitten die Geschäftsstelle des Beschwerdeausschusses uns eine Eingangsbestätigung zu übersenden.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Rainer Zinkel (KIMM-Sprecher)